

Bezugspreis

für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
auschl. Zustellungsgebühren. Einzel-
nummer 15 Pf. Bestellungen werden
von allen Reichspostanstalten ange-
nommen. Um omst. Zeitungser-
zeihnis unter Scale-Zeitung ein-
getragen. Sie unentgeltlich eingegan-
gene Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Scale-Zeitung“ ge-
statet. Fernr. der Schriftleitung Nr.
1146, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
u. 1143, der Bezugs-Abt. Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Scale-Zeitung

Dezundfünfzigster Jahrgang.

Anzeige

werden ö. 8gehalt. 34mm br. Milli-
meterzeile oder deren Raum mit
20 Pf. berechn. u. in anderen An-
nahmenstellen u. allen Anzeigen-
geschäften angenommen. Reklamen
die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf.
Anzeigen-Aufnahme-Büro vom
11 Uhr. für die Sonntags-Abt. 0.00.
6 Uhr. Abstellungen, sofortig zu-
ständig. müssen schriftlich erfolgen.
Erklärungsort: Halle. Schriftleit.
tagl. 1 mol. Sonntags 1 mal. Schriftleit.
u. Haupt-Schriftstelle: Halle.
New-Dressmode 15. 91. Geschäfts-
haus 17. Neben-Geschäftsstell. 22
März 24 und Große Ulrichstr. 22.

Nr. 390.

Halle, Donnerstag, den 21. August.

1919.

Beratung des Betriebsrätegesetzes.

Reichsarbeitsminister Schicke begründet die Vorlage über die Betriebsräte. — Die Stellung der Parteien zur Vorlage
Fortdauer der Kämpfe im oberhessischen Kohlenrevier.

Deutsche Nationalversammlung.

WIB. Weimar, 21. August. 85. Sitzung. Am Regie-
rangstisch: Schicke und Dr. Sell.
Vizepräsident Voede eröffnet die Sitzung um 8 Uhr
20 Minuten.

Erster Gegenstand ist ein von Abgeordneten aller Par-
teien eingebrachter Antrag
notleidende Arbeiterinteressen zu gewähren.
Vizepräsident Voede: Der Antrag wird von allen
Parteien unterstützt. Ich kann nach Rücksprache mit dem
Reichsfinanzminister mitteilen, daß die Regierung mit
ihm einverstanden ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.
Es folgt die erste Beratung des Gesetzes über
die Betriebsräte.

Reichsarbeitsminister Schicke:

Das Gesetz behandelt drei Abschnitte: Arbeitsverfassung,
Arbeitsverwaltung und Arbeitsrecht und stellt eine gesunde
Legende Umgestaltung des Wirtschaftslebens dar. Der
9. November gab den Arbeitern Gleichberechtigung auf
sozialen und wirtschaftlichen Gebiet und warf den Arbeit-
schancen in die höchsten Klassen. Die Regierung hat
erkannt, daß sie ein Rechtssystem mit politischen Aufgaben er-
scheine, daß neben dem Parlament, das aus freien Wahlen
hervorgeht, nicht noch ein anderes Parlament eingesetzt
werden kann. Gegenüber hat sie sich den Gedanken, die Räte
mit wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu betrauen, zu
eigen gemacht und in Artikel 165 der Verfassung festgelegt.
Diesem ersten Gesetz würden andere folgen über Arbeitsräte
und Wirtschaftsräte, so daß

In diesem Jahre noch die ganze Räte-
verfassung festgelegt

wird. Dieses Gesetz ist der Grundstein, seine Dringlich-
keit ist bedingt durch die Notwendigkeit, die Wirtschaft mög-
lichst schnell wieder aufzubauen. Der Wiederaufbau ist nur
möglich durch Gemeinschaftsarbeit, gegründet auf Solidarität
aller Volksgenossen. Voraussetzung für Gemeinschaftsarbeit ist

volle Gleichberechtigung der Arbeit-
nehmer auf wirtschaftlichem
und sozialen Gebiet. Keine Räte der Arbeitgeber
gesehen wohl politische und gesetzliche Gleichberechtigung
zu, fallen sie aber auf wirtschaftlichem und sozialen Gebiet
für unzulässig. Der Gedanke muß befestigt werden, so-
zialistische Arbeit kann nicht durch die Betriebs-
räte erfolgen. Der Wirtschaftsrat eines Betriebs ist
viel zu gering, um diesen Gedanken zu verwirklichen. Die
höheren geschäftlichen Wirtschaftsorgane würden sich der Aufgabe
unterziehen können. Auch das Mitbestimmungsrecht der
Arbeiterschaft bei der Einstellung neuer Arbeiter oder bei
Kündigung und Entlassung ist ein Recht, das bereits unter
der Verfassung vorhanden ist. Wenn Arbeitervor-
sicht, daß der Einfluß der Arbeiterschaft zu weit geht, so
würden sie sich daran gewöhnen müssen, anders kann das
Vertrauen der Arbeitnehmer nicht bewahrt werden. Die
Arbeitler haben an der gesteigerten Leistungsfähigkeit des
Betriebes

genau dasselbe Interesse wie der
Unternehmer.

Insbesondere steht den Betriebsräten ein Einspruchsrecht ledig-
lich innerhalb einer bestimmten Zeit zu. Der Einspruch kann
nur aus ganz bestimmten Gründen erfolgen und muß auf die
Verhältnisse des Betriebes Rücksicht nehmen.
Die Vororgane, die Betriebsräte erhalten des vollen Recht,
in allen Dispositionen hineinzuwirken, ist nach dem Wortlaut
des Gesetzes nicht begründet. Die höheren Beamten und An-
gestellten haben besondere Betriebsräte für sich gewünscht.
Diesem Wunsch kann nicht stattgegeben werden. Auch die
Reklamation der Tagespresse und die Angehörigen der dar-
stellenden Künste sind in einer Sonderstellung, auch dem kann
nicht nachgegeben werden. Es scheint der richtige Weg zu
sein, daß diese geistigen Arbeiter für ihre besonderen Inter-
essen den Weg einer Organisation betreten. Dies wird das
Betriebsrätegesetz die Erwartungen, die sich daran knüpfen,
nicht erfüllen können. Es nur wird

ein zeugungsloses Zusammenarbeiten
in den einzelnen Betrieben sich ermöglichen lassen. Zahl-
reiche und weitreichende Bedenken gegen das Gesetz sollte man
im Interesse seines Zweckes zurücklassen. Das Ziel der Arbeit-
kraft des Gemeinwohl ist. (Beifall.)

Abg. Schmiedesachsen (Dem.): Dem Grundgedanken
des Entwurfs haben wir bei der Beratung zugestimmt. Wir
setzen das nicht ohne Bedenken und der Aufbau der Vorlage
beweist die
Berechtigung dieser Bedenken.
Der Entwurf nimmt keine oder nicht genügende Rücksicht
auf die außerordentlich verschiedenen wirtschaftlichen Ver-
hältnisse in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirt-
schaft. Dadurch werden bei der praktischen Durchführung

Hemmungen entstehen, die wir bedenken müssen. Für die
Angestellten bedeutet die Vorlage eine Verschlechterung,
weil ihnen eine Einrichtung genommen wird, für die sie
keinen Ersatz bekommen. Wenn wir

Konfliktstoffe vermeiden:

wollen, muß eine klare Abgrenzung der Ausgaben beider
Betriebsgruppen, der Arbeiter und der Angestellten, und
insbesondere eine andere Bemessung ihrer Vertretung Platz
greifen. Was den Aufgabebereich der Betriebsräte betrifft
so sollte man auch der Entwicklung einiger Spielraum lassen.
Die Betriebsräte sollen durch eine Quelle wirtschaftlicher Er-
kenntnis werden. Unbedingt erforderlich ist das Ein-
spruchsrecht bei Kündigungen schon im Interesse der Durch-
führung der Tarifverträge. Ob es möglich sein wird, den
leidenden Angestellten, vor allem Beamten und Redakteuren
eine besondere Vertretung im Betriebsrat zu schaffen, er-
scheint mir zweifelhaft, aber eins ist mir sicher: Die
Gruppenbildung muß weiter ausgebaut

werden. Die verschiedenen Schichten der Angestellten im
Betriebe müssen die Möglichkeit haben, im Betriebsrat mit-
zureden, nach dem bisherigen Verfahren ist das nicht
möglich. Die ganze Organisation muß getragen sein von
der Vertrauen in die Organisation der Arbeiter und Ange-
stellten und vor allen Dingen von einem gereinigten Ver-
trauensverhältnis. Nur auf dieser Grundlage kann etwas
Gesetzliches geschaffen werden. (Beifalliger Beifall.)

Abg. Dr. von Weizsäcker (Dn): Das Gesetz ist von der Regie-
rung wiederholt als ein überaus dringliches bezeichnet worden.
Ich habe den Eindruck, die Dringlichkeit liegt weniger im Sozial-
politischen und Wirtschaftlichen als vielmehr in rein politi-
schen Opportunitätsverhältnissen. Das zeigt schon die
Tatsache, daß die Entwurfs- und der Reihe nach an die Defi-
nizität gekommen sind.

immer radikalischer geworden

sind. Die Regierung sollte sich hüten, bei Behandlung dieser Frage
sich irgendwie vom Wege der Evolution abbringen zu lassen und
gewaltsam von oben her Umwälzungen durchzuführen, für die
die Verhältnisse nicht reif sind und für die der augenblickliche Zustand
unseres Wirtschaftslebens so ungeeignet wie nur möglich
ist. (Beifalliger Beifall.) Das Recht, nicht zu Bedenken
Ansch, ferner ist es unrichtig, daß die Angestellten in der Masse
der Arbeiterschaft verschwinden. Die Mitwirkung der Räte bei
Einstellung und Entlassungen geht

einstufig zu weit.

Solange wir noch mit den Mitteln der kapitalistischen Wirtschafts-
ordnung arbeiten müssen, ist auch die Freiheit des Arbeitgebers
notwendig.
Abg. Binnewitz (D. Bot.): Die Wirtschaftsverhältnisse lassen
sich nicht in eine Schablone fassen. Deshalb müssen alle Ein-
griffe von der weitgehenden Rücksicht geleitet werden. Durch
dieses Gesetz muß jede wirtschaftliche Gruppe erreicht werden, keine
darf sich zurückgezogen fühlen. Das Gesetz muß in allen Einzelheiten

gründlich nach praktischen Rücksichten durchsicht

werden, damit es wirklich zu einer sozialen Wohltat werden kann.
(Beifall bei der D. Bot.)
Abg. Braß (U. S.): Die Regierung Ebert-Scheid-
emann hat es verstanden, die Räte zu den festesten Stütz-
punkten der Revolution zu machen. Mit diesem Ge-
setzentwurf sind wir nicht einverstanden. Er macht die
Fortschritt der Industrie der Allgemeinheit nicht dienlich
und schädigt die Privatwirtschaft in ihren schönsten
Formen.

Abg. Dietrich-Heimann (Soz.): Das Gesetz ist ein
Fortschritt. Eine Verwirklichung des Sozialismus
bringt es nicht. Sie ist aber heute nicht möglich. Wir
brauchen dafür eine Reorganisation der gesamten Volkswirtschaft,
Anpassung der Produktion an das Gesamt-
bedürfnis, Vermeidung aller überflüssigen Arbeit,
höchste Steigerung der Gütererzeugung. Die

Umwandlung der Räte

führt nicht zu diesem Ziel. Die Gewerkschaften sollen
auch der Betriebsräte ihre Bedeutung behalten. Wir
sind nicht der Ansicht, daß mit dieser Vorlage die
Wünsche der Arbeiterschaft restlos erfüllt werden können,
aber wir hoffen, daß wir durch sie die volle Demokratisierung
und die wirtschaftliche Gleichberechtigung der
Arbeiter und Angestellten erreichen werden. (Beifall
bei den Soz.) Redner beantragt schließlich, die Vorlage
dem Eisenwerksrat für Sozialpolitik zu überweisen.
(Fortsetzung Seite 4.)

Franzosen in Cosowitzer?

Die „Antonovier Zeitung“ meldet, daß bei
Cosowitzer Arbeiterbewegung viel Militär zusammenge-
zogen. Die Truppen sprechen in der Sprache fran-
zösisch.

Erzbergers Klage.

Fort mit Erzberger! geht der Ruf durch einen
nicht unberührlichen Teil der deutschen Presse, wobei
zu beachten ist, daß es sich hierbei durchaus nicht nur
um die Presse der Rechten handelt. Fort mit Erz-
berger! ertönt auch der Ruf in den politischen Verammel-
lungen. Und wiederum kann man sagen: Nicht allein
politisch rechts organisierte deutsche Staatsbürger er-
heben diesen Ruf, sondern auch solche, die einer mehr
aufgerichteten Partei angehören. Fort mit Erzberger!
ist der Ruf, den man auf dem Lande und in der Stadt,
im Büro und in der Werkstatt hören kann. Wohl sel-
ten hätte ein deutscher Staatsmann sich so ungeliebt
gemacht, wie Herr Erzberger, der seit den Tagen, in
denen er von Bismarck über Stuttgart in den
Reichstag einzog, immer ein Enfant terrible geblieben
ist. Damals war er der Sprecher seiner Zentrum-
partei, heute der Sprecher „seiner“ Regierung.
Seine Klage es heute in Deutschland zu einer Volksabstim-
mung über die Frage, ob Herr Erzberger noch länger
Sitz und Stimme in der Reichsregierung haben dürfe,
ein glänzender Beleg für die Meinung, die über die über-
wiegende Mehrheit, auch eine Mehrheit inner-
halb der Parteien, die ihm heute pflichtgemäß folgen
müssen, würde mit dem Stimmzettel in der Hand zum
Ausdruck bringen: Sinow mit diesem Mann
aus der Reichsregierung!

Fort mit Erzberger! lautet jetzt auch eine Forderung,
die der ehemalige Staatssekretär Karl Helfferich in
den jüngsten Tagen hat erheben lassen (Berlag von
August Scherr, Berlin). Wir haben an dieser Stelle nie-
mals einen Zweifel darüber gelassen, wie wir über
Herrn Helfferich denken. Auch er ist für uns ein Schäd-
ling immer gewesen. Diese Ansicht über den ehemaligen
Bankdirektor, der genau so wie Herr Erzberger glaubte,
in allen Ecken reiten zu können und der dann nir-
gends etwas Ganzes liebte, kann und darf uns aber
nicht abhalten, die Anlagen zu prüfen, die von dieser
Seite gegen Herrn Erzberger erhoben werden. Manche
dieser Anlagen trägt parteipolitische Überträge und man
wird sie nicht schwer zu bewerten haben. Herr Helfferich
hat sich auf die Seite der Rechten gestellt und es glaubt,
mit seinen Anlagen aus diesen Parteien von Nutzen
sein zu können. Aber wenn wir auch diese und andere
Umstände betrachten, dann bleibt immer noch so viel
übrig, daß auch aus der Ruf berechtigt ertönt: Fort
mit Erzberger!

Zu dem Schlusswort seiner kleinen Schrift sagt Karl
Helfferich u. a.: Das ist Herr Erzberger, der als schwer
industrieller Aufsichtsrat einer der schlimmsten in
unserer Nation ist und der dann nach seiner plö-
tzlichen und nicht ganz freiwilligen Abkehr von der
Schwerindustrie nicht genug Worte der Verbannung
und Verbannung gegen die Schwerindustrie und die
Annerktionisten finden kann! Das ist Herr Erzberger,
der sich gegen die von allen Seiten auf ihn politisches
und persönliches Verhalten anfüllende Anfragen
nicht etwa dadurch schützt, daß er diese unwiderleglichen
Anfragen zu widerlegen sucht, sondern dadurch, daß er
falsche und verleumdende Aussagen
gegen seine Ankläger richtet! Das ist Herr Erzberger,
der nicht doppelt und dreifach, sondern zehn- und zwanzig-
fach von allen Seiten der bemühten Un-
wahrheit gesehen wird; der sich eine un-
faßbare Vermischung politischer Tätig-
keit und eigener Geldinteressen zum
Vorzug machen lassen muß; der auf alle die
Anschuldigungen trotz schärfster Herausforderung nicht
flücht, sondern freist und nach Art des besten
Tintenfisches das Wasser trinkt, um zu entweichen!
Das ist Herr Erzberger, der den sich häufenden Anlagen
gegen seine Person in offener Nationalversammlung da-
mit zu begegnen sucht, daß er seine Ankläger mit De-
magnation bel der Gegenwart und Auslieferung
auf Grund des Schwandparagrafen des Erzberger-
friedens bedroht. Das ist Herr Erzberger, der zur
Klärung der eigenen Person das deutsche Volk in wach-
sende Erregung zu versetzen sucht, indem er etwa in sich
ausdrücklose päpstliche Demarche, die er seit zwei Jahren
kann, jetzt mit einem Male zu einem von der
Obersten Heeresleitung, der früheren Reichsleitung, der
Schwerindustrie, den Arbeitern und seinen sonstigen
Gegnern sabotierten englischen Friedensangebot um-
wandelt. Das ist Herr Erzberger, von dem nichts die

Gewere, unflinkbare Schuld abzuweisen wird, daß es im Sommer 1917 die damals heranreifende Friedensmöglichkeit gerührt hat, der in der Zeit, in der unsere Feinde unter dem Druck des U-Bootkrieges, unserer militärischen Erfolge und des beginnenden russischen Zusammenbruchs weid zu werden anfangen, sich von dem österreichischen Kaiser und mehr noch von dessen bourbonisch-parmeisierischer Verwandtschaft für die Sabotierung des deutschen Willens zum Widerstand einzuengen ließ. Das ist Herr Erzberger, der im entscheidenden Augenblick des Krieges im Sinne seiner hobsbürglich-bourbonischen Auftraggeber die deutsche Politik mit seiner Justifikation hinterläßt überflüssig, im deutschen Volke den Glauben an den Sieg und damit die Kraft zum Sieg zerstörte, bei unseren Feinden den wankenden Glauben an den Sieg wieder aufrichtete und den Willen zum Sieg erneut betäubte; der hinter dem Rücken des österreichisch-ungarischen Außenministers sich dessen zum Druck auf den deutschen Kaiser verfaßten Geheimbericht von dem österreichischen Kaiser unabhängigen ließ, der diesen verhängnisvollen Geheimbericht in Parteiverfammlungen preisgab und ihn nach der Aussage des Grafen Gernini zu Kenntnis unserer Feinde gelangen ließ; der damit nach dem Zeugnis unserer Feinde selbst ihnen die volle Gewißheit des Sieges gab und jede Gelegenheit, sich mit uns über einen ehrenvollen Frieden zu verständigen, endgültig auszutrotzte. Das ist Herr Erzberger, der das deutsche Volk mit dem geringen moralischen, politischen und wirtschaftlichen Kapital, das es aus dem Zusammenbruch noch gerettet hat, zur gänzlichen Vernichtung führen wird, wenn ihm nicht endlich das Handwerk gelegt wird!

Viel Anlagen auf einmal! Man wird Abstriche machen können und doch bleibt immer noch so viel übrig, daß ein Gefühl des schmerzlichsten Behauerns darüber aufkommen muß, daß ein solcher Mann nicht nur in der Regierung sitzt, sondern auch die eigentliche Führung im Kabinett hat. Eines der wichtigsten Kampfmittel, über die Herr Erzberger verfügt, ist seine Diebstahlart. Mit ihrer Hilfe ließ er monatelang die schwersten und heftigsten Angriffe über sich ergehen, ohne daß er das tat, was ein anständiger Staatsbürger in solchen Fällen zu tun pflegt: zu flagen! Und dabei waren es keinerlei gleichgültige Angriffe, die gegen Erzberger gerichtet wurden, es waren Angriffe, die man gemeinhin als ehrenrührig ansieht und die im bürgerlichen Leben niemand auf sich sitzen ließe. Als er dann jedoch unter dem Druck der öffentlichen Meinung mit seinem ganzen Wortreichtum sich zu verteidigen begann, da begann diese Verteidigung vornehmlich in Gegenangriffen, die offenbar nur den schwachen Punkt der Verteidigung verfehlern sollten. Er konnte in seinen zweifellos sehr geschickten Verteidigungsreden auf den ersten Augenblick verlässlich, so daß vielleicht laive Semitoren sagten: "Dies Kind, kein Engel ist es rein, laßt er sich empfehlen sein", einer ernsthafteren Betrachtung blieben seine Ausführungen jedoch nicht stand. Immer lebhafter wurde die Frage gestellt: Warum klagt dieser Mann nicht? Gerade in einer Zeit, in der die Ansichten über Moral so unendlich gesunken sind, muß man doppelt hohe Ansprüche stellen an Männer, die in der Regierung sitzen. Deutschland hat heute mehr denn je absolute Männer mit einer weichen Weisheit notwendig, auf der auch nicht ein Stäubchen sitzt. Daß Herr Erzberger offenbar diese Empfindung bisher nicht hatte, macht ihn allein schon so unheimlich. Es ist blamabel für ihn und auch für die Regierung, wie dieser Mann von seinen zähen Gegnern geradezu an den Haaren vor den Richter gezerrt werden muß. Noch am 18. oder 19. d. M. hat der Staatssekretär Helfferich den Reichspräsidenten erneut um ein Einschreiten in dieser Angelegenheit ersucht und geradezu um ein Strafverfahren gegen sich selbst gebeten. Da endlich findet Herr Erzberger seine Sprache wieder. Endlich hat er einen Straf Antrag gestellt! Die Art und Weise jedoch, wie das befannt gegeben wurde, war mal wieder ein ganzer Erzberger. Wir wiederholen hier diese Notiz: Auf Antrag des Reichspräsidenten vom 16. August ist mit der Prüfung der Unterlagen eines gegen den früheren Staatssekretär Dr. Helfferich einleitenden Strafverfahrens wegen Verleumdung beauftragt worden. Was soll das heißen: Bereits? Soll die Deffektivität wieder einmal irregeführt werden? Geht es wäre es jedenfalls, wenn es in der offiziellen Meldung geheißen hätte: "Er ist am 18. August", Herr Erzberger hat seiner Zähe mit einer solchen Betantheit gewiß nicht bedacht. Diese Worte als eigenartige Notiz wird in den nächsten Tagen von mir nur noch verlesen: Fort mit Erzberger!

Die Lage um Benthen und Laurahütte.

WTB. Benthen, 21. August. Im Hinblick C. seine besondere Beschl. Laurahütte, in dem in der Nacht Unruhen und Schießereien vorgekommen sind, ist möglich. Ein Beschl. der Reichsregierung ist um 1 Uhr 30 Minuten nachmittags in Laurahütte eingetroffen. Am Nachmittag wurde Wozenski nach Wessau verbracht. Das Ergebnis liegt noch aus. Eine Unternehmung auf Scharitz und Deutsch Bieleh ist im Gange. Auf die Truppen wurde von der polnischen Front, wahrscheinlich von Gelnberg geleitet. Auf unserer Seite wurde das Feuer mirksam erwidert. Ein Mann aus uns wurde schwer verwundet. Das Ergebnis der Einschließung und der Durchsuchungen der beiden Orte liegt noch aus. Einzelne Gräben nehmen die Arbeit wieder auf.

Eine polnische Note.

Berlin, 21. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Die polnische Regierung hat gestern nachmittags dem Reichspräsidenten mit einer Note wegen angeblicher Grenzverletzungen, die durch den Grenzschutz Ost beanstanden sein sollen, überreicht. Insbesondere

bildet den Grenzland der Weimarer ein Miteingriff auf Esomwie, durch den mehrere Personen getötet und erheblicher Sachschaden angerichtet sein soll. Es wird auf das erste und die zweite Bestimmung der Grenze hingewiesen, und aus dem Freieren der polnischen Grenztruppen verlangt, daß sie auch Bestandungen über die Grenze nicht weiter führen würden, sondern abziehen würden, wenn dieser Protest nicht eine befriedigende Erklärung finden würde. — Die Verhandlungen zwischen den deutschen amtlichen Stellen und der polnischen Abordnung über die oberhalb der Grenze haben bereits heute in den letzten Morgenstunden in Berlin begonnen. Den Beratungen nahm die auch Reichsminister des Auswärtigen Müller und Reichsminister Neffe teil. Von der Seite ist der Chef der italienischen Mission anwesend, um auf allen Seiten so rasch als möglich zu einer Einigung in dieser Frage zu gelangen. Die bis jetzt zwischen Deutschland und Polen geführten allgemeinen Verhandlungen sind wie hier abgebrochen und bis zur Erzielung eines Abkommens über Schließen unterbrochen.

Überlegene deutsche Führung.

Breslau, 21. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Gestern abend wurden, um unsere Truppen in den unbesetzten Gebieten vorzugehen, die von der polnischen Seite her in die Richtung der Döbeln einrückten. Heute früh von neuem angelegte Angriffe auf Wilschütz, Bogoschütz aus Mloschitz-Mitteln hatten vollen Erfolg. Nachdem gegen Mittag die überlegene Kampf- führung der Reichsgrenzwachen der Führer zum Beweise gebracht worden, benennen sie auf der ganzen Linie zu weichen. Gegen die nachmittags land unter reichem Feuer von Wozenski, die Mitte hatte Schopitz und Nabin genannt. Die Ein- nahme von Schopitz wurde den letzten Morgen fertig. Die Ge- nüge bei Buzachütz wird bis heute abend von unseren Trup- pen besetzt werden. Damit ist auch die in Wozenski eingeschlossene Abteilung, der schon die Verstärkung und die Munition ausgegan- gen war, aus ihrer unangenehmen Lage befreit und die Sicherheit der Stadt Ratowitz endgültig gewährleistet.

Schwere Artilleriekämpfe.

Viele Tote und Verwundete.

Königsgrätz, 20. August. Aus Bogoschütz bei Ratowitz wird dem B. Z. M. gemeldet, daß der Dienstags- Nachmittags vollständig unterbrochen ist. Auf dem Straßenrande nachgesehen grobe Anstellungen statt. Die Angriffe überreichten den Ort, um die Lage auszukundtschaften, und zogen sich dann zurück. Hieraus setzte gegen 4 Uhr nachmittags ein heftiges Ar- tilleriefeuer ein, das bis gegen 6 Uhr anhielt. Der erste Schuß war gegen die Höhe der der Höhenort Höhe gerichtet, später folgten je 4 schwere Granaten in dem Ort selbst ein. Die Wirkung war sehr erheblich. Auf der Sargallastraße und auf der Kirch- straße wurden je ein Haus, auf der Franzstraße zwei Häuser stark beschädigt. Vier hütten mehrere Personen bei dem Feuerüberfall ihr Leben ein, so eine Frau Syron und deren dreijähriger Todter, ferner Stanislaus Siffon, Georg Scharfhan, Theodor Sienog, Gertrud Wittenförsch — darunter ältere Leute, die seit in ihren Wohnungen aufstehen und dort unter Granat- splitter getötet wurden. Etwa zwanzig Per- sonen wurden schwer verwundet. Heute morgen rückte ein Panzerauto durch die Straßen von Bogoschütz.

Aus Schopitz wird gemeldet: In und um den Ort fand in der Nacht vom Dienstag zum heutigen Mittwoch eine starke Schießerei statt. Das Feuer wurde durch Artillerie und schwere Maschi- nenwaffen ausgeführt. Heute, Mittwoch, vormittag ist ein Panzerauto in Tätigkeit. Das Feuer hält an. Schopitz ist im Besitz der Infanterie. Die Bevölkerung sucht Schutz in den Kellern. Die Besat- zung sind von 8 Uhr abends an in Stellung. Schopitz ist ringsum eingeschlossen. Es heißt sich, daß die Infanterie Ausstellungen vornimmt; die Ausgeschobenen wurden mit Waffen versehen und zum Dienst gezwungen.

Blutige Straßenkämpfe in Katowitz und Beuthen.

Katowitz, 20. August. In den Straßen von Katowitz haben heute wieder blutige Kämpfe stattgefunden, wobei es mehr viele Tote und Verletzte gab. In Beuthen kam es am die Mittagsstunden zwischen 11 und 12 Uhr zu neuen Zusammenstößen. Vor dem Stadttheater hatte sich eine größere Menschenmenge angelagert, aus der plötzlich Schüsse fielen. Die beauftragten Reichsgrenzwachen suchten die Menschenmenge zu zerstreuen. Es kam zu einer Schießerei, die erst am abendlichen Seiten Beruhigung. Die Reichsgrenze hütete zwei Mann ein, während die Aufständischen 15 Tote zu verzeichnen hatten. In die Gleislinie Garbison sind 30 Personen eingeschlossen worden, die als Adressierte in den Wohnungen der letzten Lage in Betracht kommen. Morgen vormittag tritt das Schloßgebäude in Brand. Am abendlichen Nach den be- stehenden vorläufigen Bedingungen dürfen die erschollen werden. Da die Zahl der überlebenden Gerichte im unangenehm wächst und ihre Nachprüfung bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht immer möglich ist, sind sie mit Vorsicht anzunehmen. In Katowitz ist die Ruhe wieder hergestellt.

Die Vorbereitung von langer Hand.

Nach einer Meldung des B. Z. aus Breslau be- trägt die Zahl der Aufständischen etwa 45000 Mann. Der militärische Leiter der deutschen Opera- tionen ist Generalmajor Hofer. Die Ursache des großen Bergarbeiterstreiks und damit des Aufstandes soll die Einkriegung einer Strafe sein. Da sich die Arbeiter nicht auf die beschlossene Arbeit zu 7 Stunden hin ließen, sondern einzeln und ansäuren, wie sie wollten, entließ sich die Direktion der Grube, die Arbeit einzustellen. Dem Streik war seit Monaten eine großangelegte Propaganda der Naab- hängigen, der Spartakisten und der nationalen Polen vorausgegangen.

Oberflächen und die deutsch-polnischen Verhandlungen in Berlin.

Berlin, 20. August. Zur heute erfolgten vorüber- gehenden Auslegung der Verhandlungen mit den polnischen Delegierten wird von ausfüh- render Seite mitgeteilt: Schon vor einigen Tagen hatte die hiesige polnische Delegation ihrem Wünsche nach einer Besprechung über die Oberfläche im Hinblick gegeben. Das Ergebnis wurde von den französischen Mission unterstellt. Die deutsche Regierung hatte ihre Bereitwilligkeit dazu erklärt und die Besprechung sollte im Laufe des heutigen Tages stattfinden. Bei Beginn der heutigen Sitzung der politischen administrativen Unter- kommission erklärte plötzlich der polnische Vertreter, ohne vorher weder mit den deutschen Delegierten noch mit dem General Dupont darüber gesprochen zu haben,

daß die Fortführung der Lage in Oberflächten es der polnischen Delegation unmöglich mache, die Verhand- lungen fortzusetzen. Die Beratungen wurden darauf- hin ausgesetzt. Die in einigen heutigen Abend- blättern gebrachte Meldung, daß die polnische Kom- mission bereits abgereist ist, entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Im Gegenteil: Nachträglich sprachen drei Mitglieder der polnischen Delegation im Auswärtigen Amte mit dem Baron von Seidl und dem General von E- sbrach u. a. Es wurde daraufhin für heute abend eine Konferenz anberaumt, an der außer den Deutschen und den polnischen Delegierten der General Du- pont sowie andere Vertreter der hier weilenden Mi- litärmissionen teilnehmen.

Die beispiellosen Einschränkungen im Eisenbahn- verkehr.

Aus dem preussischen Eisenbahnministerium wird dem B. Z. M. mitgeteilt, daß die maßgebende Zentralinstanz die Verlesung in den nächsten Tagen für außer Be- rücksichtigung. Wenn die Kohlenzüge weiter so anhalten, wie bisher, nicht möglich ist, werden. Man wird also nur im Höchstfalle mit dem Bedarf von einer Woche als höchster Faktor rechnen können. Die Eisenbahnverwaltung wird deshalb voraussichtlich vom 1. Oktober alle 2 1/2 Züge fortfallen lassen, nur 25 Prozent des Friedens- fahrplans der Personenzüge fahren lassen und die Zahl der Güterzüge beträchtlich einschrän- ken. Vielleicht ist sogar mit einem zeitweiligen Einstellen gewisser Züge ganz zu rechnen oder mit höchstens einem Zuge täglich. Der Reiseeinzug wird eine natürliche Folge dieser Erscheinung sein. Geheime und beliebte Züge werden in diesem Winter nicht be- stehen. Für die Vororte und Städte der Grenzgebiete sollen möglichst Ersatzleistungen im Interesse der Bewölkung getroffen werden. Im Ruhrkohlengebiet macht sich, einer offiziellen Zensurung des B. Z. B. zufolge, harter Wagenmangel bemerkbar. Es fehlen täglich 4500—5200 Waggons.

Erzherzog Joseph will zurücktreten.

WTB. Wien, 21. August. Die Wähler werden aus Baha- vest, daß sich nach langen Verhandlungen Erzherzog Joseph bereit erklärt habe, von seinem Posten als Botschafter zurückzutreten und daß er das Ergebnis der Wahlen als Privatmann abwarten wird. Das neue Kabinett werde ein neues Kabinettsmitglied sein, in dem Donatos das Präsidium und Auerhans, Dr. Rozom- kull, der Sozialminister Garza Sandel, sowie die Sozialisten Reibel und Prager zwei sozialistische Ressorts übernehmen werden. Schweden 498 G. und 50. 021 1/2 1/2 1/2 1/2.

Sch gegen die Streiks in Deutschland.

Berlin, 21. Aug. Verschiedene Blätter wollen wissen, daß der Oberste Rat der Militären beschloffen habe, Marschall Joseph die deutsche Regierung um Unterstützung zu ersuchen, mit dem Streik ein Ende zu machen, möglichenfalls wieder Entente-Truppen zur Verfügung gestellt werden. Ergänzend hierzu meldet aus noch ein Telegramm aus Genf: Der oberste Rat der Militären hat sich am Dienstag mit der oberflächlichen Frage beschäftigt. Wie der "Matin" und der "Lemps" schreiben, herrschte die Meinung vor, daß die Unruhen und Streiks in diesem streitigen Gebiet mit Deutschland angeht. Die Deutschen sollen als verloren ansehen und den Polen nur ein möglichst wert- loses Land überlassen wollen. Durch die deutschen Nachschaffungen ist der Betrag der oberflächlichen Kohlengruben in der letzten Zeit um 80 Prozent gesunken und wenn nicht sofortige eingeschritten werden, bedeu- tet das höhere Putin für Polen, Böhmen und Oesterreich. Der oberste Rat ist zu dem Entschloffen gekommen, daß die Un- ruhen in Mähren nicht abgeblieben sind, um den Be- trieb wasserrich für die letzten Monate des Jahres zu sichern. Nach dem Bericht des Vertrages solle das Gebiet erst vierzig Tage nach der Ratifizierung besetzt werden. Demnach könne die von Deutschland organisierte Anarchie noch Monate dauern, ja sie drohe sich zu verschärfen. Der Plan für die militärische und administrative Behebung Oesterreichens sei in allen Einzelheiten fertig ange- arbeitet und könne jeden Augenblick zur Ausführung gelangen. Die Militären erwägen die Frage, ob die Besetzung nicht schon jetzt, ohne den Termin der Ratifizierung des Friedens abwarten, durchgeführt werden solle. Die Entsch- lungen dürfte hat getroffen sein und werde alsbald der deut- schen Regierung mitgeteilt werden.

Feierliche Form der Vereidigung Obersts.

Weimar, 21. August. (Eig. Drahtnachricht.) Die heute nachmittag stattfindende Vereidigung des Reichs- präsidenten soll sich in feierlichen Formen abspielen. Der Reichspräsident wird beim Betreten des Nationaltheaters vom Reichspräsidenten empfangen und in den Saal geleitet werden, wo er vom Reichspräsidenten begrüßt werden wird. Nach dem Ende wird ihm eine Krone durch den Reichs- führer Reumann-Hofer überreicht werden. Hierauf ver- leitet der Reichspräsident eine Ansprache. Die Schluss- ansprache hält Reichspräsident Reumann-Hofer, und darauf folgt die Vereidigung des Reichspräsidenten auf den Altar und hält von dort aus eine kurze Ansprache an die Menge. Der Saal wird sechzig geschmückt und die Feier durch Orgel- begleitung versehen.

Deutsch-amerikanischer Zwischenfall in Neufahrwasser.

Danzig, 20. August. Zwischen deutschen und ameri- kanischen Matrosen kam es gestern in Neufahrwasser zu Zusammenstößen. Bereits am Montag kam es in einem Lan- gental zu Streitigkeiten. Als nun am Dienstag Klauerer des kleinen Kreuzers "Frankfurt" am Zeldier "Hale" vorbeiz- kamen, liefen sie mit Matrosen vom "Hale" zusammen, wo- bei einer der deutschen Matrosen in Wasser verlegt

